

KURZPROGRAMM DER **ÖKOLOGISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEI** ZUR **EUROPAWAHL 2014**



Keine 5%-Hürde!
JEDE Stimme zählt!

öd p

Wer hat was zu sagen in der Europäischen Union (EU)?

Das höchste Gremium der EU ist der **Europäische Rat**. Ihm zur Seite stehen der **Ministerrat** (alle Fachminister der Mitgliedsstaaten) und die EU-Kommission (je ein Vertreter der Mitgliedsstaaten). Die EU-Kommission bildet eine Art Regierung, der der Kommissionspräsident vorsitzt. Sie wird alle fünf Jahre neu bestimmt.

Außerdem gibt es das **Europäische Parlament**, das alle fünf Jahre **von den EU-Bürgerinnen und -Bürgern gewählt** wird. Deutschland schickt 96 Abgeordnete.

Es stimmt über Gesetze ab, die die Kommission vorlegt, außerdem bestätigt es die Kommissionsmitglieder oder kann gegen diese ein Misstrauensvotum aussprechen. Zudem verantwortet es einen Teil des EU-Haushalts.

Europäischer Rat

(alle
Staats- und
Regierungs-
chefs)

Vorschläge/
Änderungen

Rat der EU (Ministerrat)

(je ein Vertreter der
Mitgliedsstaaten)

Vorschläge/
Änderungen

Europäisches Parlament

(751 Abgeordnete
aus 28 Staaten)

Wird am
25. MAI 2014
gewählt!

Europäische Kommission

(je ein Vertreter der Mitgliedsstaaten)

Ihre Rolle als Wähler(in):

Bei der Europawahl haben Sie eine Stimme! Sie bestimmen mit, in welche politische Richtung sich die EU bewegt.

Bei der Europawahl gibt es keine 5 %-Hürde. Deshalb zählt jede Stimme.

UNSERE SPITZENKANDIDATEN



1

Prof. Dr. Klaus Buchner (73 Jahre; Physiker; München, BY)

„Ich kandidiere für das Europaparlament, weil durch neue Beschlüsse und Verträge der EU unsere Demokratie, der Umweltschutz und unsere Sozialgesetze immer mehr ausgehöhlt werden. Besonders kritisch ist hier das Freihandelsabkommen mit den USA, über das die EU-Kommission zurzeit Geheimverhandlungen führt. Ich werde mit aller Kraft für ein demokratisches und soziales Europa kämpfen, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält.“

Sebastian Frankenberger (32 Jahre; Unternehmer; Passau, BY)

„Wir brauchen Europa – aber als Zusammenschluss von eigenständigen Staaten, die nach größtmöglichem Subsidiaritätsprinzip ihre Angelegenheiten regional regeln. Dazu müssen v. a. die Gewaltenteilung und die Einbeziehung der Bürger durch direktdemokratische Elemente ausgebaut werden.“



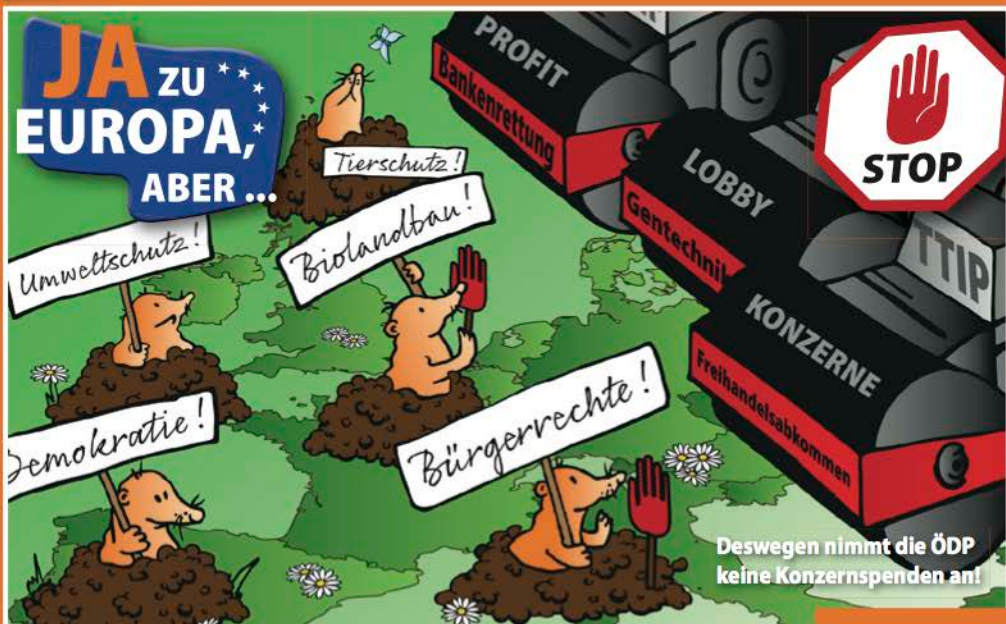
2

Susann Mai (47 Jahre; Krankenschwester; Worbis, TH)

„Die ÖDP achtet im Miteinander für Europa durch nachhaltiges Wirtschaften und verantwortlichen Umgang mit Finanzen auf gesunde Lebensgrundlagen, Gemeinwohl und Lebensqualität. Mein Ziel ist, durch ganzheitliches Denken, gemeinschaftliches Handeln, verantwortungsvolle Lösungen für ein langfristig lebensfreundliches Europa zu gestalten.“



3



... Mensch vor Wirtschaft!

ödp

Verena Föttinger (57 J.; Dipl.-Theologin; Fluorn-Winzeln, BW)

„Ich mache mich stark für ein Europa der Solidarität und der Menschenwürde. Dies bedeutet für mich auch, alles zu tun, dass die Erziehungsarbeit in den Einzelstaaten unterstützt und gleichbehandelt wird wie die Erwerbsarbeit, um so diese grundlegende Leistung für die Kinder, die Zukunft Europas, wertzuschätzen.“



4

Volker Behrendt (46 J.; Dipl.-Finanzwirt; Hamburg-Bergedorf, HH)

„Ich möchte mich in Europa besonders für eine ökologisch-soziale Wirtschafts- und Finanzpolitik einsetzen, weil (auch) in diesem Bereich entscheidende Weichen für nachhaltiges Leben und ein menschliches Miteinander gestellt werden. Besondere Schwerpunkte sehe ich daneben in der Steuerpolitik, der Bekämpfung der steuerlichen Schlupflöcher in der EU sowie der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität.“



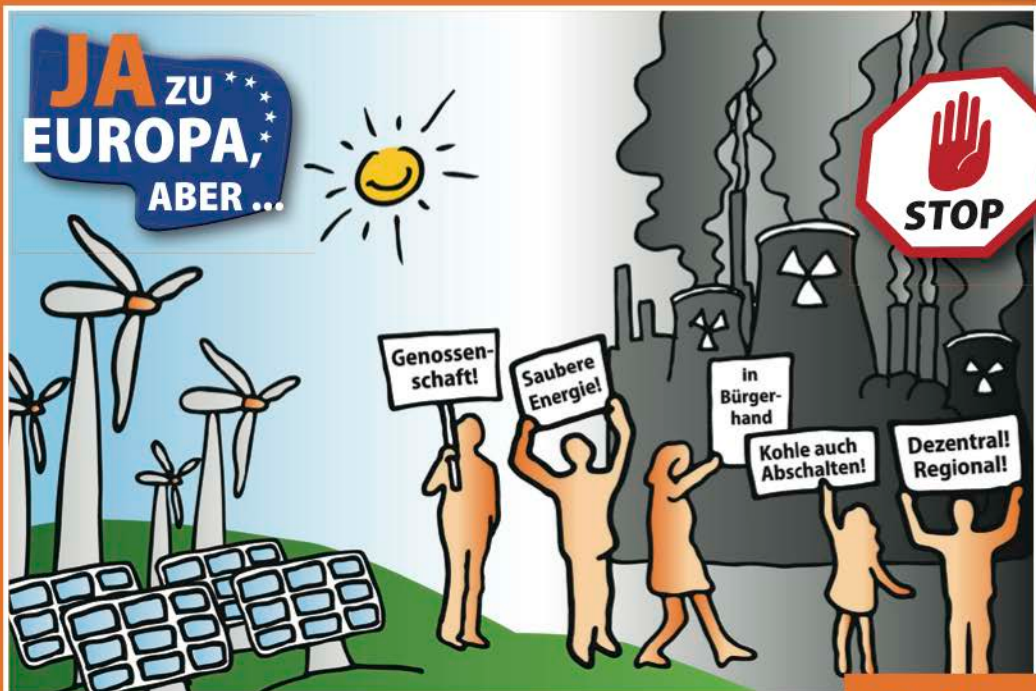
5

Johannes Bombeck (52 J.; Sozialpädagoge, Landwirt; Stadtrat; Bottrop, NRW)

„Obwohl mich die europäische Idee begeistert, bin ich für ein demokratisch organisiertes Europa, das viele Kompetenzen bei den Regionen und Ländern belässt. Die oft ungezügelte europäische Bürokratie ist ein großes Problem. Was Länder und Regionen selber regeln wollen und können, muss nicht eine ferne Zentrale an sich ziehen.“



6



... Atomausstieg europaweit!

ödp

Johannes Schneider

(57 J.; Winzer, Dipl.-Ing. oen; Verbandsgemeinderat; Maring-Neiwand, RP)

„Im Europaparlament werde ich mich besonders den Themen Frieden, Energie und Landwirtschaft widmen. Frieden mit der Natur und Frieden zwischen den Menschen bedingen sich gegenseitig. Ökonomie und Ökologie dürfen nicht als Gegensätze gesehen werden, denn bei beiden geht es um vernünftiges Haushalten.“



7

Lucia Fischer

(47 J.; Selbstst. Wirtschaftsinformatikerin; Memmingen, BY)

„In der EU liegt mir besonders die ökologisch nachhaltige Landwirtschaft am Herzen. Kleine Betriebe sollen wieder stärker gefördert und damit zum Erhalt von bestehender Anbaufläche motiviert werden. Qualität statt Quantität, vor allem im Hinblick auf kommende Generationen!“



8

Gero Sartorius

(47 J.; Dipl.-Ing. Umwelt-/Studienrat; Stadthagen, NI)

„Die Energiewende muss europaweit gelingen. Als Abgeordneter möchte ich erreichen, dass Betreiber von Atom-, aber auch Kohlekraftwerken alle Folgekosten ihrer Energiegewinnung selbst tragen und sich gegen Umweltschäden versichern müssen. So können wir endlich einen Ausbau der dann wettbewerbsfähigen umweltfreundlichen Sonnen- und Windenergie massiv beschleunigen.“



9

Dr. Claudius Moseler

(48 J.; Dipl.-Geograf; Stadtrat, Ortsbeirat; 1. stellv. Ortsvorsteher

Mainz-Marienberg, RP)

„Europa braucht starke Kommunen. Viele Entscheidungen können von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort (in Bürgerentscheiden) und den Kommunalparlamenten am besten entschieden werden. Wir brauchen daher z. B. eine kommunale Wasserversorgung, den Ausbau einer örtlichen Energieversorgung und mehr Kompetenzen für die Kommunen. Jegliche Gängelung von oben, wie z. B. das Freihandelsabkommen TTIP, sind der grundsätzlich falsche Weg und gefährden Ökologie, Demokratie und regionale Wirtschaft.“



10

Wir wollen Sie abstimmen lassen!

zu: Wasserprivatisierung

Atomausstieg Bankenrettung

Freihandelsabkommen

Zeitungstellung



Machen Sie mit! Stimmen Sie ab!

- ☐ Ich bin dafür, dass auf die Zeitungstellung verzichtet wird.
- ☐ Ich bin dafür, dass es bei der Zeitungstellung zweimal im Jahr bleibt.
- ☐ Mir ist es egal.

... Bürokratie eingrenzen!

ödp

KANDIDATEN ZUR EUROWAHL DER ÖKOLOGISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (ÖDP)

11	Christiane Lüst	Dipl.-Sozialpäd.; Gauting; Gemeinderätin	BY
12	Bernd Richter	Oberstudienr. a. D.; Stadtrat, Kreisrat; Schramberg	BW
13	Benjamin Jäger	Student; Bochum	NRW
14	Dr. Reinhard Erös	Arzt; Kreisrat; Mintraching	BY
15	Sascha Schmidt	Ing. f. Umwelttechnik; Bremen	HB
16	Ahmet Aydin	Unternehmer; Augsburg	BY
17	Heide Weidemann	Dipl.-Kommunalbeamtin a. D.; Verbandsgemeinderätin; Erden	RP
18	Werner Forstmeier	Dipl.-Bauingenieur; Stadtrat; Ansbach	BY
19	Frieda Büchner	Schülerin; Neustadt	BY
20	Prof. Dr. Felix Leinen	Dipl.-Mathematiker; Stadtrat; Mainz-Hechtsheim	RP
21	Werner Roleff	Pastoralreferent; Köln	NRW
22	Sebastian Sonner	Landwirtschaftsmeister; Reichertsheim	BY
23	Dr. Hermann Schweiger	Arzt; Kreisrat; Feuchtwangen	BY
24	Günther Raß	Realschullehrer i.R.; Nürnberg	BY
25	Dagmar Dewald	Journalistin; Würzburg	BY
26	Michael Kefer	Dipl.-Religionspädagoge; Teningen	BW
27	Jutta Helm	Vorsitzende AWO; Erlangen	BY
28	Thomas Müller	Apotheker; Stadtrat; Burgkunstadt	BY
29	Arno Kohlert	Kommunalbeamter; Eschweiler	NRW
30	Dr. Reinhold Reck	Dipl.-Theologe; Freising	BY
31	Sylvia Hiß-Petrowitz	Krankenschw. Altenpflege; Gemeinderätin; Friedrichshafen	BW
32	Ludwig Maier	Biolandwirt; Heilerziehungspl.; Soyen	BY
33	Hanns-Dieter Schlierf	Allgemeinarzt; Kreisrat; Egling	BY
34	Dieter Baur	Erster Polizeihauptkommissar; Stuttgart	BW
35	Gerhard Mai	Finanzbeamter; Moosburg	BY
36	Kilian Kronimus	Dipl.-Elektrotechniker; Albruck	BW
37	Thomas Schrollinger	Klinischeelsozger; Stadtrat; Nürnberg	BY
38	Franz Josef Mai	Dipl.-Ing. (FH); Stadtrat; Worbis	TH
39	Dr. Christine Wanka	Allgemeinarztin, Hausärztin; Jena	TH
40	Dr. Peter Hiltner	Physiker, Energieberater; Hof	BY
41	Ingrid Malecha	PKA, selbst. Kosmetikerin; Bezirksrätin; Mönchsroth	BY
42	Wilfried Döring	Eisenbahner; Gernode	TH
43	Christine Stankus	Lehrerin, Dipl.-Theol.; Tauberbischofs.	BW
44	Benjamin Scholl	Student Lehramt Biologie, Sozialk.; Jena	TH
45	Mechthild von Walter	Oberstudienrätin a. D.; München	BY
46	Ralf Schönfeld	Wirtschaftsinformatiker; Seeth-Ekholt	SH
47	Tanja Pfisterer	Physiotherapeutin; Stadträtin; Germering	BY
48	Arnd Lepère	Versicherungskaufmann; Gießen	HE
49	Tobias Ruff	Forstingenieur; München	BY
50	Gerd Kersting	Polizeibeamter; Münster	NRW
51	Andreas Roling	Gesund.- und Krankenpf.; Nordhorn	NI
52	Jürgen Osterlänger	Entwicklungsingenieur; Kreisrat; Emskirchen	BY
53	Rainer Hilgert	Unternehmer; Stadtrat; Münstermaifeld	RP
54	Franz Weber	Lehrer i.R.; Regionalt Bodensee-Oberschwaben; Horgenzell	BW
55	Simone Vosswinkel	Kaufm. Angestellte; Stadträtin; Ingolstadt	BY
56	Dr. Bernhard Gremmler	Kardiologie; Bottrop	NRW
57	Regina Marg. Koller	Kundenber. Naturstrom AG; München	BY
58	Jochen Piehl	Sozialversicherungsangest.; Stadtrat; Osthofen	RP
59	Michael Döring	Gruppenleiter; Wiesbaden	HE
60	Bernd Wimmer	Informatiker; Mainburg	BY
61	Bernd Runge	Rentner; Glashütten	BY
62	Mechthild Hans	Ärztin a. D.; Nordhorn	NI
63	Peter Borel	Gymnasiallehrer i.R.; Stadtrat; Lindau	BY
64	Christoph Peschke	Lebensmittelchemiker; Buchen	BW
65	Dr. Ute Böttger	Dipl.-Chemikerin; Jena	TH
66	Klaus Vidal	Landwirt; Pfaffenhofen a. d. Roth	BY
67	Manfred Wemken	Handwerker; Bremen-Vegesack	HB
68	Dieter Nießner	Studienrat a. D.; Friedberg	BY
69	Wilhelm Schild	Beamter; Ortsbeirat; Mainz	RP
70	Brigitte Römpf	Lehrerin i.R.; Haldenwang	BY
71	Erik Hofmann	Wirtschafter f. Weinbau; Traben-Trarbach	RP
72	Ulrich Hoffmann	Pastoralreferent; Stadtrat; Weißenhorn	BY
73	Guido Klamt	Chemotechniker; Gerlingen	BW
74	Karl Heinz Jobst	Vermessungsingenieur; Kreis- und Stadtrat; Erding	BY
75	Ulf Kowal	Heilerziehungspl., Oberwesel	RP
76	Achim Blaschke	Dipl.-Kaufmann; Aschaffenburg	BY
77	Karl-Edmund Vogt	Rentner; Chirurg; Stadtrat, Ortsrat; Worbis	TH
78	Dr. Conrad Lausberg	Informatiker; München	BY
79	Henner Gnotke	Rentner; Berlin	BE
80	Walter Stadelmann	Diakon; Schwarzenbruck	BY
81	Dirk Uehlein	Steuerberater; Karlsruhe	BW
82	Christiane Herz	Lehrerin; Zornheim	RP
83	Ehrenfried Bittermann	Regionalvertriebsber.; Stadtsteinach	BY
84	Michael Kolb	Fachoberlehrer; Lichtenfels	BY
85	Torsten Balg	Ingenieur; Ortsbeirat; Mainz-Bretzenheim	RP
86	Peter Limmer	Postbote; Holzkirchen	BY
87	Thomas Schaal	Selbst. Ingenieur; Schorndorf	BW
88	Jörg Hucklenbroich	Molekularbiologe; Wermelskirchen	NRW
89	Jürgen Reuß	Industriekaufmann; Frankfurt	HE
90	Martin Truckenbrodt	IT-Administrator; Frankenblick	TH
91	Ingulf-Michael Andres	Doz. Erwachsenenbildung; Köln	NRW
92	Christian Dörfler	Dipl.-Geograf; Kronberg	HE
93	Gudrun Schöpf	Pharmaref. a. D.; Gemünden a. Main	BY
94	Dieter Zieles	Dipl.-Volkswirt; Stuttgart	BW
95	Cyrril Gilsdorf	Agrarhelfer (Ökolandbau); Aspisheim	RP
96	Stefan Matth. Gengler	Archivarassistent; Erlangen	BY
97	Jörg Wittig	Abwassermeister; Windelsbach	BY
98	Marion Fick-Tiggers	Technischer Agent; Wiesmoor	NI
99	Christian Terwiel	Unternehmensberater; Eurasburg	BY

Es gibt viele gute Gründe,
ÖDP zu wählen!



ödp

1 Wir sind überzeugte Europäer!

Europa muss als Staatenverbund erhalten bleiben, demokratisch gestaltet werden und der kulturellen Vielfalt verpflichtet sein.

Aber gerade weil wir von der europäischen Idee überzeugt sind, meinen wir, dass die Europäische Union in wichtigen Punkten reformiert werden muss.

Unser Ziel ist eine Europäische Union, die die kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Eigenarten der einzelnen Völker und Regionen respektiert und fördert. Wir unterstützen die Entwicklung der EU von einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einem Staatenverbund freier, sich vorrangig selbst regierender Völker.

Die Achtung der Menschenrechte, der Prinzipien eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats und einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft müssen als die entscheidenden Kriterien sowohl für die Reform und die innere Entwicklung der EU als auch für weitere EU-Beiträge gelten.



2 Wir brauchen transparente, demokratisch legitimierte EU-Institutionen

Das Europäische Parlament muss mit den grundlegenden Rechten eines demokratischen Parlaments ausgestattet werden:

1. Das Recht, Gesetze selbst zu formulieren (statt nur über die Vorlagen der EU-Kommission abzustimmen) und damit auch grundsätzliche Fragen zu regeln (z.B. Agro-Gentechnik).
2. Das Recht, über Einnahmen (durch Steuern oder Umlagen) und Ausgaben der EU zu bestimmen.
3. Das Recht, Kommissare vorzuschlagen, die Europäische Kommission einzusetzen und zu entlassen.

Für die Wahl des Europäischen Parlaments muss ein einheitliches Wahlrecht ohne Sperrklauseln und mit gleichem Stimmgewicht gelten.

Um den Einfluss der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten und auch den kleinen EU-Staaten genügend Mitspracherecht zu garantieren, muss es eine zweite Kammer (ähnlich dem Bundesrat) geben.

Die Europäische Kommission ist der parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen. Ihre Aufgaben sind strikt auf die Umsetzung der europäischen Gesetze und Beschlüsse zu beschränken.

Die Regelungskompetenz der EU ist auf diejenigen Bereiche zu beschränken, die ihr durch den EU-Vertrag ausdrücklich übertragen werden. Was auf der Ebene der Kommunen oder der Mitgliedsstaaten sinnvoll geregelt werden kann, soll nicht an die EU übertragen werden.

3 Konsolidierung der Staatshaushalte – Kontrolle der Banken und der Kapitalmärkte – Stabilisierung des Euro

Einige europäische Staaten sind völlig überschuldet. Hier ist „Hilfe zur Selbsthilfe“ angesagt. Allerdings sind auch die Gläubiger (Banken und Kapitalanleger) in Haftung zu nehmen.

Wir sprechen uns für den Erhalt des Euro aus. Jedoch: Wo der Verbleib in der Euro-Zone für ein Mitglied nur unter unzumutbaren Härten möglich ist, sollte diesem Mitglied die Rückkehr zu einer eigenen Währung ermöglicht werden, so es dies wünscht. Für die Entwicklung stabiler dezentraler Wirtschaftsstrukturen müssen die nationalen Wirtschaftsräume der Eurozone wieder die Möglichkeit bekommen, die Unterschiede bei grenzüberschreitenden Transaktionen durch Wechselkurse zu neutralisieren.

Die ÖDP fordert den Ausstieg aus dem ESM.

Die Bankenunion ist in der geplanten Form verkehrt. Sie führt dazu, dass die Banken stabiler Länder für zusammenbrechende Banken von Ländern in Schieflage haften müssen, im Ernstfall potenziell unbegrenzt.



4 Wohlstand ohne Wachstumszwang

Die ÖDP steht für eine Wirtschaftsordnung, die ökologisches, soziales und gemeinwohlorientiertes Handeln fördert. Die ÖDP fordert eine Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum. Sie bekennt sich in wesentlichen Teilen zu der Idee der Postwachstumsökonomie, die vom Grundsatz „Weniger ist mehr!“ geleitet wird. Wir wollen mit weniger materiellem Aufwand mehr Lebensqualität erreichen. Das Ziel ist die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau.

Wir brauchen auf EU-Ebene:

- Eine ökologisch und sozial ausgerichtete Wirtschaftsordnung.
- Eine Harmonisierung der Steuerpolitik.
- Die Beendigung schädlicher Subventionen (z.B. des Straßen- und Luftverkehrs, der Atomkraft, des Tabakanbaus).
- Die Beendigung versteckter Subventionen durch kostenlose Emission von Schadstoffen in Luft, Wasser und Böden, von Licht und Lärm in die Umwelt. Nur Kostenwahrheit schafft faire Wettbewerbsbedingungen für verantwortlich wirtschaftende Unternehmen.

KURZPROGRAMM DE

Gina Sappirey / fotolude

5 Umwelt- und Naturschutz

Die in der EU vorhandenen Abkommen und Richtlinien zum Umweltschutz müssen konsequent umgesetzt werden. Umweltschutzmaßnahmen dürfen nicht mit der Forderung nach freiem Wettbewerb und Wirtschaftswachstum blockiert werden.

Zentrale Ziele der ÖDP-Europapolitik im Umweltbereich sind: Gewässerschutz, Beendigung der Vermüllung und der Überfischung der Meere, Stopp von Bodenerosion und Flächenversiegelung, Müllvermeidung und Recycling, wirksame Klimapolitik.

Basis der Umweltpolitik muss eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sein, wo Kostenwahrheit und Verursacherhaftung gelten. Umweltschäden können nur vermieden werden, wenn man ihre finanziellen Folgen den Verursachern anlastet.



6 Tierschutz

Im Umgang mit Tieren brauchen wir einen Bewusstseinswandel: Tiere sind keine Ware! Tiere wirksam zu schützen, muss ein anerkannter Teil der Kulturordnung eines vereinten Europa werden.

Dazu gehört unter anderem:

- Schlachtviehtransporte nur vom Erzeuger zu einem nahe gelegenen Schlachthof.
- Verbot quälerischer Intensivhaltung von Nutztieren.
- Verbot gentechnischer Manipulationen zur Leistungssteigerung oder Veränderung von Arten; aber auch von „Qualzucht“ mit konventionellen Zuchtmethoden.
- Verbandsklagerecht der anerkannten Tierschutzverbände.



7 Landwirtschaft

Landwirtschaft ist die Basis unserer Ernährung und damit unseres Lebens überhaupt. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde sie von einer bäuerlichen Kreislaufwirtschaft zu einer industriellen Rohstoff-„Produktion“ für die Nahrungsmittelindustrie und zur Energieerzeugung umgebaut.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit weitgehend dezentraler Vermarktung.
- Die Koppelung der Subventionen an eine ökologische Wirtschaftsweise.
- Ein Verbot der Agro-Gentechnik und von Patenten auf Leben.
- Den Stopp von Flächenverbrauch zulasten des Lebensmittelanbaus.

8 Verbraucherschutz

Verbraucherschutz ist eine europäische Aufgabe. Sie betrifft alle Lebensbereiche von der Lebensmittelherstellung über den Internethandel und das Reisevertragsrecht bis hin zum Mobilfunk.

Die ÖDP setzt sich u. a. ein für:

- EU-weites Verbot von Anbau und Import gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmittel.
- Sämtliche Produkte aus der Landwirtschaft, die aus gentechnisch verändertem Material bestehen oder mit deren Hilfe hergestellt wurden, sind eindeutig zu kennzeichnen.
- Kennzeichnungspflicht für alle Lebensmittel-Inhaltsstoffe und Angabe des Herstellers bzw. des Herstellungsortes.
- Reduzierung von Antibiotika in der Tierhaltung.
- Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung.
- Senkung der Strahlengrenzwerte für Mobilfunk, Handys und andere Funksysteme.



ER ÖDP ZUR EUROPAPARLAMENTARISCHEN WAHLEN 2014

Europa fußt auf christlich-humanistischen Werten. Die europäische Union soll diese Werte für die natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen.



9 Umfassende Energiewende

Die ÖDP hält eine europäische Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Quellen für möglich und notwendig.

Konkret fordert die ÖDP u.a.:

- Beendigung des Euratom-Vertrags und unverzüglichen EU-weiten Atomausstieg.
- Volle Haftpflicht der Betreiber von Atomkraftwerken für alle Risiken und für die sichere Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle in der gesamten EU.
- EU-weite Regelung einer Mindestbesteuerung aller Primärenergieträger.
- Schaffung eines Erneuerbare-Energien-Vertrags und Förderung Erneuerbarer Energien.
- Forcierte Entwicklung umweltverträglicher, effizienter Speichertechnologien.
- Verbot von Fracking und vergleichbar umweltschädlicher Fördermaßnahmen.
- Verbot der künstlichen Speicherung von CO₂ im Boden.

10 Neue Mobilitätskonzepte

Die Mobilitätsanforderungen der Zukunft lassen sich nur durch die Kombination konsequenter Verkehrsvermeidung mit dem gezielten Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel bewältigen.

Im Einzelnen brauchen wir europaweit:

- Faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger, indem alle Verkehrsarten mit ihren tatsächlichen Kosten belastet werden.
- Entwicklung sparsamerer, umweltverträglicherer Fahrzeuge und Verkehrssysteme.
- Verlagerung von Transport von der Straße auf Schiene oder Wasserwege.
- Förderung wohnortnahen Arbeitens statt Förderung langer Pendlerwege.
- Flugbenzinbesteuerung, echtes Nachtflugverbot, keine EU-Subventionierung für Neu- und Ausbau von Flughäfen.





11 Sozial- und Familienpolitik

Sozialpolitik und Familienpolitik bleiben im Verantwortungsbe-
reich der Mitgliedsländer. Dennoch braucht die EU gemeinsame
soziale Mindeststandards, wenn sie mehr als eine neoliberal aus-
gerichtete Freihandelszone sein will. Funktionsfähige Sozialsys-
teme sind eine Voraussetzung für ein geordnetes Nebeneinan-
der. Jedes EU-Mitgliedsland muss daher für ein eigenes stabiles
Sozialsystem unter Einhaltung der gemeinsamen Mindeststan-
dards sorgen.

Die Position der ÖDP:

- Jedes EU-Mitglied hat dafür zu sorgen, dass das System der Jugend- und Alterssicherung weder zur Diskriminierung von Eltern noch von kinderlosen Bürgern führt. Weder Erwerbs- noch Erziehungsarbeit darf Anlass für Diskriminierung sein.
- Das Elternrecht zur Erziehung eigener Kinder darf nicht durch gesetzlich unterschiedliche Behandlung einzelner Erziehungsformen unterlaufen werden. Ob Eltern ihre Kinder selbst erziehen wollen oder sich eine Fremdbetreuung wünschen, darf nicht durch ge-
setzliche Maßnahmen „gelenkt“ werden.
- Jedes Mitgliedsland hat ein ausgewogenes Verhältnis sozialer Lasten zwischen den Ge-
nerationen anzustreben. Im Falle eines Geburtendefizits dürfen sich daraus ergebende
Finanzierungsprobleme bei der Alterssicherung nicht auf die nachfolgende Generation
abgewälzt werden. Nur so kann ein nachhaltiges Sozialsystem erreicht werden.

12 Arbeitsmigration, Lohndumping, politisches Asyl

Die extrem unterschiedlichen Lebensverhältnisse innerhalb der EU führen zu Arbeitsmigration,
Lohndumping und Schwarzarbeit. Entwicklungen, die auch Konsequenzen für die einheimische
Bevölkerung haben: wachsender Niedriglohnsektor, steigende Mieten, soziale Schieflagen.

Die ÖDP fordert:

- Enge Auslegung der Werkvertragsregelung, die immer mehr zur Umgehung sozial-
versicherungspflichtiger Beschäftigung genutzt wird.
- Sofortige Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bewohner neu beigetretener EU-Staaten,
denn sie würde die Umgehung der Beschränkungen über Werkverträge beenden.
- Schaffung eines einheitlichen Grundrechts auf Asyl und einheitlicher Standards für die
Asylverfahren und den Umgang mit Asylbewerbern.

13 Lebensschutz und Bioethik

„Die Ehrfurcht vor allem Leben“ (Albert Schweitzer) und der Grundsatz der unantastbaren Würde menschlichen Lebens lenkt den Blick auf die aktuell diskutierten Probleme am Beginn des Lebens (Abtreibung, Pränatale Diagnostik) und Ende (Sterbehilfe, Organspende), aber auch auf Gentechnologie, Klonen, Stammzellen- und Embryonenforschung.

Das ÖDP-Konzept beinhaltet u.a.:

- Keine Patentierung und wirtschaftliche Ausbeutung von Erbgut.
- Schaffung eines europäischen Embryonenschutzgesetzes.
- Bedarfsgerechter Ausbau der Palliativversorgung sowie der Hospizstationen und -dienste.
- Verbot der aktiven Sterbehilfe.



14 Bürgerrechte, Datenschutz und Innere Sicherheit

Der Wegfall der Binnengrenzen, ein Dschungel von Subventionen und unklare Zuständigkeiten erleichtern Kriminalität und Korruption. Staatliche Gegenmaßnahmen sind so anzulegen, dass den Erfordernissen der Ermittlungsarbeit und des Datenschutzes gleichermaßen Rechnung getragen wird.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Eine staatenübergreifend arbeitende Polizei und EU-weit vernetzte Ermittlungsorgane.
- Verbot jedweder generellen Überwachung – Ausnahmen nur nach richterlicher Anordnung.
- Abschöpfung illegaler Gewinne und Ausschluss korrupter Unternehmen von öffentlichen Aufträgen.



15 Außen- und Verteidigungspolitik

Zur „Konfliktverhütung“ und „Krisenbewältigung“ erlaubt der EU-Vertrag sogar Angriffskriege. Auch zur „Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen“, z.B. zur Sicherung von Ölquellen, kann eine militärische „Mission“ durchgeführt werden. Die Entscheidungen über Kriegseinsätze und militärische Aufrüstung fällt der Ministerrat. Er tagt hinter verschlossenen Türen. Weder das Europäische Parlament noch der Deutsche Bundestag können dort gefasste Entscheidungen ändern.

Die Position der ÖDP:

- Der EU-Vertrag muss so abgeändert werden, dass Kriege der EU um Öl und Rohstoffe und zur Sicherung von Handelswegen verboten werden.
- Eine gemeinsame EU-Außenpolitik muss auf Konfliktvermeidung zielen – und in Konfliktsituationen auf friedliche Konfliktlösung und humanitäre Hilfe.
- Die Aufgabe der Friedenswahrung obliegt den in der UNO verbundenen Völkern.
- Die EU-Mitgliedsstaaten sollen sich auf schrittweise Abrüstung und auf die Beschränkung von Rüstungsexporten auf EU- und NATO-Mitgliedsstaaten verpflichten.



16 Vision

Die EU muss ein Bündnis von Staaten bleiben, die das kulturelle Erbe ihrer Regionen bewahren. Die Wirtschaftspolitik muss die Chancen und Möglichkeiten der jeweiligen Länder berücksichtigen. Die Einführung einer europaweiten, starren und neoliberalen Wirtschaftsordnung mit einem Sozial- und Demokratieabbau lehnen wir entschieden ab. Bereiche, die in die Regelungskompetenz der EU fallen, sind daher klar zu definieren.

Der erste und wichtigste Schritt ist die Reform der EU-Institutionen.

Wir brauchen demokratisch legitimierte Institutionen mit verständlichen Strukturen, abgegrenzten Zuständigkeiten und transparenten Verfahren. Die ÖDP fordert dazu einen demokratisch legitimierten Verfassungskonvent, denn die Menschen der Europäischen Union haben eine gute, demokratisch entschiedene und zukunftsweisende Verfassung verdient. Diese muss durch einen EU-weiten Volksentscheid, bei dem jede Nation über die EU-Verfassung abstimmt, legitimiert werden.

Unterstützen Sie uns, damit auch in Zukunft die Völker Europas in Frieden und wechselseitiger Achtung miteinander leben und zum Wohlergehen aller beitragen werden.

UNSERE ERFOLGE:

- ✓ Erfolgreiches Volksbegehren zum **Nichtraucherschutz!**
- ✓ **Sperrklausel** bei der EU-Wahl abgeschafft!
- ✓ **Geheimpolitik** in kommunalen GmbHs verhindert!
- ✓ **Bayerischen Senat** abgeschafft und jährlich 8 Mio. Euro Steuergelder eingespart!
- ✓ **Wahl-O-Mat** mit allen Parteien durchgesetzt!
- ✓ Fünf **Atomkraft-Standorte** gestrichen!
- ✓ **Büchergeld** und **Studiengebühren** in Bayern mit abgeschafft!
- ✓ Klage gegen den **Vertrag von Lissabon!**



Erfahren Sie mehr:



KONTAKT:

ÖDP Bundesverband
Pommerngasse 1
97070 Würzburg
Tel.: 09 31 / 4 04 86 - 0
E-Mail: info@oedp.de
www.oedp.de

KONZERN-
SPENDEN *frei!* **ödp**
und unabhängig!